

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2017



MITTEILUNGEN

Verband Schleswig-Holsteinischer
Kommunalarchivarinnen und -archivare e.V

Parteien betonen unverzichtbare Rolle der Kommunalarchive – VKA befragt Parteien anlässlich der Landtagswahl 2017

Der Verband der schleswig-Holsteinischen Kommunalarchivarinnen und -archivare (VKA) hat im November 2016 eine Umfrage an die zur Landtagswahl zugelassenen Parteien verschickt. Darin wurden die parteipolitischen Ziele in wichtigen Bereichen wie der Digitalisierung von Kulturgut, dem Fachkräftemangel oder regional-historischem Unterricht abgefragt. Alle Parteien betonen die wichtige Rolle der Kommunalarchive für die Zivilgesellschaft, die Kultur sowie Wissenschaft in Schleswig-Holstein. Der VKA vermisst allerdings ein deutlicheres Bekenntnis zur unverzichtbaren Rolle der Archive bei der Sicherung des Rechtsstaats. Ohne Kommunalarchive gibt es keine langfristige Transparenz von Verwaltungshandeln. Deshalb ist Archivierung eine gesetzliche Pflichtaufgabe.

Um bei Kommunen, die sich dieser Pflicht entziehen, die Unterhaltung eines Archivs durchzusetzen, wollen die meisten Parteien sich für einen Dialog mit dem Land einsetzen und schlagen Kooperationen mit weiteren Trägern vor. Der VKA hält dies ebenfalls für den richtigen Weg. Dabei muss den Verwaltungen auch deutlich gemacht werden, dass Überlieferungslücken Probleme verursachen, deren Lösung den Steuerzahler meist wesentlich

mehr Geld kostet als ein eigenes Archiv. Zusätzlich sollte das Land über Anreize in Form von Schlüsselzuweisungen oder Projektmittel für einen fachgerechten Aufbau neuer Archive als regionale Kompetenzzentren auszubauen, wurde von allen Parteien befürwortet. So können fachliche Neuentwicklungen besser weitergegeben werden, und ehrenamtliche Mitarbeiter haben in der Nähe einen qualifizierten Ansprechpartner bei juristischen Fragen oder der Einführung von elektronischer Aktenablage in der Verwaltung. Trotzdem wird auch der Fachkräftemangel an den Kommunalarchiven nicht spurlos vorbeigehen. Von mehr als 300 Verwaltungen im Land beschäftigen weniger als 10 % Personal mit einem archivfachlichen Berufabschluss. Die Parteien beurteilen den Handlungsbedarf hier unterschiedlich. Aus Sicht des Verbands sollte – auch von Seiten des Landes – darauf hingewirkt werden, dass überall dort, wo hauptamtliche Verwaltungen tätig sind, hauptamtlich besetzte Archive mit qualifiziertem Personal tätig sind – je nach Größe ggf. in Kooperation mit weiteren kommunalen Trägern. Dafür braucht es mehr Ausbildungsstellen für Fachangestellte für Medien und Information (FAMI), und die Fortbildung muss gestärkt werden – insbesondere im Hinblick auf die Einführung von E-Government.

Für den Geschichtsunterricht sollten aus Sicht des VKA mehr Anreize für Schüler wie Lehrer geschaffen werden,

sich mit Regionalgeschichte – also mit der Identität der eigenen Lebenswelt – auseinander zu setzen. Der Name eines Grundschulfachs ist eher nebensächlich – stimmen muss der Inhalt. Dabei muss beachtet werden, dass Schüler und Lehrer zeitgemäß (z.B. über geeignete Plattformen im Internet) angesprochen werden. Sinnvoll wären aus Sicht des VKA Kooperationen mit weiteren Wissensvermittlern (Bibliotheken, Museen, Unis), um eine vielfältige Auseinandersetzung mit Themen zu ermöglichen, ohne an einen bestimmten Ort oder an Öffnungszeiten gebunden zu sein.

Für das große Feld der Digitalisierung begrüßt der VKA, dass alle Parteien die Einführung des Digitalen Archivs Nord, einer Plattform für die Langzeitsicherung, befürworten. Ohne eine Kooperation zwischen dem Land und den Kommunen ist diese gewaltige Aufgabe nicht zu bewältigen. Bei der Präsentation von digitalem Kulturgut sollten mehr Anreize für die Digitalisierung und Veröffentlichung von Archivgut geschaffen werden. Hier sind die Kommunen derzeit weiter als das Land, allerdings bestehen nur Insellösungen. Es fehlt an einer zentralen Plattform, die als solches auch klar benannt wird.

Der VKA bedankt sich bei allen Parteien für die Antworten und freut sich, dass die Zukunftsfragen der Archivierung als kulturpolitische Aufgabe für die kommende Legislaturperiode erkannt werden.

Stefan Watzlawzik

Der Fragenkatalog im Überblick:

1. Welchen Stellenwert hat die Bewahrung des schriftlichen kulturellen Erbes in Ihren rechtspolitischen und kulturpolitischen Zielsetzungen? Welche Konkreten Ziele benennen Sie in Ihrem Wahlprogramm?

2. Seit mehr als 15 Jahren ist der § 15 des schleswig-holsteinischen Landesarchivgesetzes in Kraft, der die Kommunen verpflichtet, Archive zu errichten oder sich an Archiven zu beteiligen. Trotzdem gibt es bis heute Städte, Ämter und amtsfreie Gemeinden sowie einen Kreis, die ihrem gesetzlichen Auftrag nicht nachkommen. Sie unterhalten weder ein eigenes Archiv, noch haben sie sich einer Archivgemeinschaft angeschlossen.

Wie wollen Sie die gesetzliche Pflicht der Archivierung durchsetzen?

3. Kreisarchive spielen eine besondere Rolle bei der Einführung fachlicher Standards auf kommunaler Ebene sowie bei der fachlichen Beratung der kreisangehörigen Städte, Ämter und Gemeinden.

Halten Sie es für den richtigen Weg, die Rolle der Kreisarchive als regionale Kompetenzzentren zu stärken? Welche Unterstützung wollen Sie zur Entwicklung dieses Ziel geben?

4. Unter den schleswig-holsteinischen Archiven stellen bislang nur vier Kommunalarchive digitalisiertes Archivgut im Internet bereit. Bisher sind die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen einer gemeinsamen Präsentation des schleswig-holsteinischen Kulturerbes nicht gegeben.

Wie wollen Sie die Digitalisierung von schleswig-holsteinischem Kulturgut einschließlich der Nutzbarkeit im Internet voranbringen und wie wollen Sie die notwendige Finanzierung sicherstellen?

5. Die Verwaltungen der Städte, Ämter und Gemeinden stellen zunehmend ihre Aktenführung auf digitale Systeme um. Bislang sind nur wenige Archive in die Planung und Umsetzung solcher Prozesse eingebunden. Bei der Thematik der digitalen Archivierung werden die kommunalen Archive darauf angewiesen sein, ein gemeinsames, vom Land Schleswig-Holstein eingeführtes Archivierungssystem zu nutzen.

Wie stellen Sie sicher, dass die Anforderungen der Archive bei der Einführung solcher digitalen Systeme in den Verwaltungen umgesetzt werden, um keinen umfangreichen Informationsverlust in spätestens 20-30 Jahren zu riskieren? Wie stehen Sie zu einer Kooperation von Land und Kommunen im Bereich der digitalen Archivierung?

6. Gute Archive brauchen qualifiziertes Personal, gerade angesichts der Fachanforderungen des Digitalisierungsprozesses. Die Mehrzahl der Stellen bei den Städten, Ämtern und Gemeinden sind für Mitarbeiter des mittleren Dienstes ausgewiesen.

Bislang bildet nur ein einziges Kommunalarchiv Fachangestellte im mittleren Dienst aus. Die Ausbildung für den gehobenen und den höheren Dienst erfolgt ausschließlich beim Landesarchiv Schleswig-Holstein, das derzeit zwei Anwärter/innen im gehobenen Dienst ausbildet.

Wie wollen Sie die Ausbildung von Archivaren des mittleren bis höheren Dienstes in Schleswig-Holstein stärken?

7. Die Fachanforderungen für das Fach Geschichte weisen regionale oder lokale Themen nicht mehr aus, sondern überlassen sie dem Belieben der Schulen.

Wie wollen Sie regional- und lokalhistorischen Unterricht in Schleswig-Holstein stärken, um beispielsweise mehr Schüler/innen zur Forschung in Archiven ermuntern?

1. Welchen Stellenwert hat die Bewahrung des schriftlichen kulturellen Erbes in Ihren rechtspolitischen und kulturpolitischen Zielsetzungen? Welche Konkreten Ziele benennen Sie in Ihrem Wahlprogramm?

SPD

Die Bewahrung des kulturellen Erbes ist von großer Bedeutung. Dabei ist die schriftliche Überlieferung eine der entscheidenden Brücken zu unserer Vergangenheit. Im Zeitalter der Globalisierung und des raschen gesellschaftlichen Wandels sind der Schutz und die Pflege unserer kulturellen Wurzeln mehr denn je unverzichtbar. Sie sind die Grundlage unserer kulturellen Identitäten und prägen uns sowie künftige Generationen. Die kulturpolitische Aufgabe des Erhalts des materiellen und immateriellen kulturellen Erbes wird dadurch immer wichtiger. Wer nicht weiß, woher er kommt, kann auch nicht wissen, wohin er will. Es ist keineswegs mehr selbstverständlich, dass unser über Generationen überliefertes Wissen, unsere Sprache, Dialekte und Regionalsprachen oder die Vielfalt traditioneller Musik, unsere Oper, unsere Form des Theaters, das Bild unserer Städte, unsere Baukultur gesichert sind. Durch die Pflege unseres gemeinsamen kulturellen Erbes dokumentieren wir auch eine Wertschätzung für das Kulturerbe anderer und leisten damit einen positiven Beitrag zu unserer kulturellen Vielfalt. Kulturelles Erbe muss vermittelt werden, erlebbar bleiben – nur so kann es erhalten werden. Deshalb wollen wir, gerade für Jugendliche, verstärkt Angebote schaffen. In unserem Regierungsprogramm gibt es ein klares Bekenntnis zu einer starken Kulturpolitik. Durch das neue Bibliotheksgesetz und die neuen Regeln für den Denkmalschutz wurde die Bewahrung des

kulturellen Erbes seit 2012 verbessert. Besonders wichtig sind für uns die kulturelle Bildung und Betätigung von Kindern und Jugendlichen sowie das Recht auf kulturelle Teilhabe für alle Menschen. Gemeinsam mit den Kommunen setzen wir uns für eine starke Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein ein. Dabei wird das Land eine größere finanzielle Verantwortung übernehmen. Den Investitionsstau in diesem Bereich wollen wir schrittweise abbauen. Außerdem werden wir eine Digitalisierungsstrategie „Kultur“ entwickeln. Damit wollen wir den Prozess der Digitalisierung schnell vorantreiben. Das hilft auch dabei, unser kulturelles Erbe zu bewahren.

CDU

Für die CDU hat die Bewahrung des kulturellen und historischen Erbes einen hohen Stellenwert. Das Wissen über die eigene Geschichte ist unerlässlich. Die kommunalen Archive in Schleswig-Holstein haben den besonderen Auftrag, unser schleswig-holsteinisches Erbe auch für die nachkommenden Generationen zu bewahren. Darum wollen wir zusätzliche Förderungen auf den Weg bringen, um den Erhalt von Altbeständen zu sichern. Ebenso wollen wir sie unterstützen, indem wir eine angemessene technische Infrastruktur aufbauen.

Bündnis'90/Die Grünen

Der Erhalt des kulturellen Erbes ist für uns als Grüne besonders wichtig. Zum einen sorgt er dafür, sich mit der Herkunft und besonders mit der Geschich-

te auseinanderzusetzen. Zum anderen sorgen gut geführte Archive für transparentes Verwaltungshandeln. Im Wahlprogramm nehmen wir besonders Bezug auf die Bereiche Denkmalschutz und Gedenkstätten. Beide Bereiche wären ohne gute Archivalien kaum richtig zu entwickeln.

FDP

Archive sind das historische Gedächtnis unseres Landes. Die Archive in Schleswig-Holstein bieten eine unverzichtbare Dienstleistung, die nicht nur der Wissenschaft zugute kommt, sondern auch unserer kulturellen Identität und damit allen Bürgerinnen und Bürgern dient. Wer sich in der Gegenwart auskennen will, muss Entwicklungen und Entscheidungen der Vergangenheit nachvollziehen können. Aus Sicht der FDP müssen wir unsere Archive so aufstellen, dass kein historisches Kulturgut verloren geht.

Die Linke

Die Bewahrung des schriftlichen (und des digitalen!) kulturellen Erbes sind unverzichtbarer Bestandteil einer verantwortungsvollen Kulturpolitik. Für DIE LINKE stehen auch hierbei soziale Fragestellungen im Zentrum unseres politischen Handelns. Konkret bedeutet dieses, dass wir uns gegen weitere Kürzungen im Kulturbereich stellen wollen und müssen. Besonders wichtig ist uns, dass alle Menschen in Schleswig-Holstein möglichst (kosten-)freien Zugang zu kulturellen Angeboten haben – dieses gilt auch für Archive. Anderenfalls würden insbesondere

Menschen mit geringerem Einkommen von der Nutzung solcher Angebot abgehalten werden, was auch gesellschaftspolitisch nicht zielführend wäre. Einen weiteren Fokus legen wir auf die Zurückdrängung unsicherer Beschäftigungsbedingungen und wollen auch im Kulturbereich unbefristete, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zur Regel machen.

Piraten

Die Piratenpartei ist eine junge Partei, die für sich nicht in Anspruch nimmt, in allen politischen und gesellschaftlich relevanten Bereichen Schwerpunkte setzen zu können. Kulturarbeit – und damit auch und in besonderer Weise die Bewahrung des schriftlichen Kulturerbes unseres Landes gehören zu den dringlichen Aufgaben der Kulturpolitik. Was einmal verloren ist, kann nicht wiederbeschafft werden. Diese Sicherung zu organisieren ist Aufgabe der Landespolitik. Ihr Arm reicht – über das Landesarchivgesetz – bis in die Kreise und Gemeinden. Einen darüber hinaus gehenden Schwerpunkt haben wir in der Piratenpartei Schleswig-Holstein nicht. Wir geben dies an dieser Stelle offen zu, denn wohlfeile Lippenbekenntnisse an dieser Stelle, die nicht belastbar sind, halten wir für unredlich. Was uns vielmehr beschäftigt ist die Herkulesaufgabe, vor der alle archivierenden Einrichtungen stehen, das schriftliche kulturelle Erbe zu digitalisieren und damit in die moderne Welt der Archivierung zu überführen. Wir fürchten, dass das Land hierfür nicht gerüstet ist. Hierüber kann und darf es aber keinen politischen Zwist geben. Viel-

mehr müsste es einen Dialog zwischen Politik und den Einrichtungen geben zu der Fragestellung, wie diese große Aufgabe zu lösen ist.

SSW

Für den SSW stellt die Kultur ein gesellschaftspolitisches Entwicklungsinstrument dar. Zu dieser Kultur gehören zweifelsfrei auch das schriftliche Kulturgut sowie das Bewahren des schriftlichen kulturellen Erbes. Unsere Kulturministerin Anke Spoorendonk hat Schleswig-Holstein in den letzten vier Jahren in Bezug auf den Kulturbereich merkbar und nachhaltig voran gebracht. Die Kürzungen der Vorgängerregierung wurden weitgehend rückgängig gemacht und es wurde zudem im Rahmen des Kulturdialogs, ein zukunftsfähiges Kulturkonzept erarbeitet. Dies ist einmalig in der Geschichte des Landes und damit wurde eine wichtige Kernforderung des SSW Rechnung getragen. Konkret will sich der SSW in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, den Investitionsstau im kulturellen Bereich weiter abzubauen und die Dynamisierung des Vorwegabzuges beim Kommunalen Finanzausgleich weiterzuführen. Zudem werden wir das Modell der Kulturknotenpunkte weiterentwickeln, um die kulturelle Infrastruktur insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten. Für uns als Partei mit einem klaren regionalen Bezug, setzen uns nachdrücklich für das Fördern der kulturellen und/ oder regionalen Identität. In diesem Fall spielt die lokale Geschichtskultur eine zentrale Rolle. Auch vor diesem Hintergrund wollen wir das Landesarchivgesetz novellieren

und dabei insbesondere die Herausforderungen der Digitalisierung im Blick haben. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, eine Digitale Agenda Kultur für Schleswig-Holstein auf den Weg zu bringen. Dies ist in dieser Form auch im Entwurf zum Wahlprogramm enthalten, welches im Februar abschließend auf Parteiebene beraten und zur Abstimmung steht. Darüber hinaus wollen wir uns als SSW in der kommenden Wahlperiode nochmals intensiv mit den Fachanforderungen beschäftigen und dabei insbesondere die regionalen Besonderheiten im Land besonders hervorheben. Es ist uns ein bedeutsames Anliegen, unser materielles und immaterielles Kulturerbe zu erhalten und zugänglich zu machen. In diesem Zusammenhang leisten die Archive vor Ort einen unverzichtbaren Beitrag. Und vor allem geht es uns als SSW auch darum, der jungen Generation durch eine bessere kulturelle Bildung den Wert von Kultur und Geschichte in all ihren Facetten näher zu bringen. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen.

2. Wie wollen Sie die gesetzliche Pflicht der Archivierung durchsetzen?

SPD

Die vollständige Umsetzung des Landesarchivgesetzes beschäftigt uns bereits seit längerer Zeit. Wir wollen, dass die Kommunen und Kreise im Bereich des Archivwesens eng zusammenarbeiten und Synergieeffekte nutzen. Deshalb wird das Thema auch in künftigen Gesprächen zwischen dem Land, den Kreisen, den Städten und den Gemeinden über die wechselseitigen Finanzbeziehungen eine wichtige Rolle spielen.

CDU

Die CDU will alle Verantwortlichen ins Boot holen, um sicherzustellen, dass wichtige Archivalien auch in Zukunft nicht verloren gehen. Gemeinsam wollen wir Möglichkeiten – auch mit Blick auf geeignete Kooperationen – ausloten, wie die Bewahrung unseres schleswig-holsteinisches Erbe in allen Teilen des Landes umfassend sichergestellt werden kann.

Bündnis'90/Die Grünen

Die Kommunen regeln laut Gesetz die Archivierung „in eigener Verantwortung“. Das heißt, dass Land kann sie dazu nicht verpflichten. Deshalb muss dies auf kommunaler Ebene vorangetrieben werden.

FDP

Der FDP ist bewusst, dass das Archivwesen auf kommunaler Ebene manchmal nicht optimal aufgestellt ist. Schleswig-Holstein insgesamt hinkt insbesondere im Vergleich zu einigen süddeutschen Ländern, wie z.B. Baden-Württemberg, sowohl was Personal, als auch finanzielle Ausstattung des

Archivwesens angeht, deutlich hinterher. Auch das ist der FDP bewusst.

Die Linke

In den allermeisten Fällen wird die mangelhafte Finanzierung der Kommunen ursächlich dafür sein, dass entgegen der gesetzlichen Verpflichtung (noch) keine Archive eingerichtet worden sind. Um dem Missstand zu begegnen, dass die Kommunen viele Aufgaben nur noch schwer bzw. gar nicht erfüllen können, ist eine umfassende Kommunalfinanzreform notwendig.

Piraten

Seit 15 Jahren ist das Landesarchivgesetz in Schleswig-Holstein in Kraft und immer noch wird es nicht an allen Stellen umgesetzt. Vor allem um den §15 wird gestritten; hier soll es sogar Bemühungen geben, die darin definierte Archivierungsaufgabe und Verpflichtung zur Nutzbarmachung des archivierten Materials durch Kreise, Gemeinden, Ämter und Zweckverbände zu streichen. Hintergrund sind natürlich die Kosten, die mit dieser Arbeit und Aufgabe verbunden sind. Die Piratenpartei Schleswig-Holstein würde diese Streichung für falsch halten. Bei allem Respekt für die finanziellen Notlagen der genannten Partner, darf es nicht dazu kommen, dass ihre Verpflichtung an dieser Stelle ausgehebelt wird. Immer noch gibt es in diesem Land Städte, Ämter usw., die ihrer gesetzlichen Verpflichtung nicht nachkommen. Hier ist viel Überzeugungsarbeit nötig. Wir halten es für richtig, diese Problematik im unter 1) genannten Archivgespräch eingehend zu erörtern. Hier

können Netzwerke sinnvoll sein, um die einzelnen Partner durch effiziente und effektive Lösungen von ihrer historischen Verantwortung zu überzeugen. Am Ende wird es nur über finanzielle Sanktionen funktionieren. Zwang scheint uns an dieser Stelle aber nicht der richtige Weg.

SSW

Es ist wirklich sehr bedauerlich, dass einige Kommunen ihren Aufträgen, gerade im Kulturbereich, nicht oder nur unzureichend nach kommen. Wir als SSW können feststellen, dass sich die finanzielle Situation vieler Kommunen im Land entspannt hat. In den letzten Jahren konnten vielerorts erhöhte Steuereinnahmen verzeichnet werden und die finanziellen Umlagen von Land und Bund wurden neu geregelt, was für die Mehrheit der Kommunen ein enorme Entlastung bzw. Vorteil darstellt. Wir wollen die Dynamisierung des Vorwegabzuges beim Kommunalen Finanzausgleich weiterzuführen und können nur vermehrt auf kommunaler Ebene dafür werben, den Kulturbereich und auch die Arbeit der Archive angemessen zu berücksichtigen. Schlussendlich entscheiden und handeln die Kommunen unabhängig. Wer daran etwas ändern wollte, müsste dieses Organ gänzlich abschaffen. Wir als SSW werden auch in der nächsten Wahlperiode nicht nachlassen uns für die Kultur auf allen Ebenen stark zu machen und den Worten auch Taten folgen zu lassen. Wir werden nicht zögern die Probleme und Herausforderungen im Allgemeinen und im Einzelfall anzusprechen und nach Lösungsansätzen zu suchen

3. Halten Sie es für den richtigen Weg, die Rolle der Kreisarchive als regionale Kompetenzzentren zu stärken? Welche Unterstützung wollen Sie zur Entwicklung dieses Ziel geben?

SPD

Eine regionale Zentralisierung der Verwaltungsarchive ist aus unserer Sicht der richtige Weg. Dabei müssen die rechtlich gebotenen Zugangssperren gewahrt werden. Eine entsprechende Zusammenarbeit zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Gemeinden hilft allen Beteiligten. Als Land helfen wir dabei. Wir moderieren, bringen Akteure zusammen und schaffen Verlässlichkeit.

CDU

Die Kreisarchive als regionale Kompetenzzentren zu stärken, kann ein richtiger Schritt sein. Hier sind jedoch in erster Linie die Kreise selbst in der Pflicht, diesen Weg zu gehen. Das Land kann ihnen dabei beratend zur Seite stehen.

Bündnis'90/Die Grünen

Auch dies ist eine Frage, die vor allem auf kommunaler Ebene entschieden wird. Die Bündelung und in überregionalen kreisweiten Archiven kann von Vorteil sein, wenn damit Standards angehoben und Kompetenzen gebündelt werden.

FDP

Ohne Zweifel müssen die Kreisarchive als kommunale Kompetenzzentren gestärkt werden. Gemeinde- und Amtsarchive werden in der überwiegenden Zahl von ehrenamtlichen Strukturen getragen, maximal besteht eine Nebenamtlichkeit. Die Überalterung des Ehrenamtes ist, wie leider in vielen anderen Bereichen auch, im Archivwesen ein Problem. Es finden sich immer weniger junge Menschen

bereit, sich in diesem Bereich ehrenamtlich zu engagieren. Allein über die Kreisarchive wird es gelingen, diese Entwicklung abzufedern. Die Kreisarchive müssen so aufgestellt werden, dass sie Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Gemeinden, z.B. zur Bildung von Archivgemeinschaften gewähren können. Auch sollten zur Aufnahme von Archivgut Vereinbarungen getroffen werden, wenn die Gemeinden sich selbst nicht in der Lage sehen, diese Aufgabe vernünftig zu erfüllen.

Die Linke

DIE LINKE hält es für den richtigen Weg, die Rolle der Kreisarchive zu stärken. Dieses ist insbesondere von Bedeutung, da Archive in den unteren kommunalen Ebenen häufig nur mit stark eingeschränkten Personalstellen auskommen müssen oder gar ehrenamtlich geführt werden. Dieses Engagement auf Amts- und Gemeindeebene ist dringend auf die fachliche Beratung seitens der Kreisarchive angewiesen. Um die Kreisarchive zu stärken und in die Lage zu versetzen, solche Beratungsleistungen überhaupt erbringen zu können, sind letztlich mehr dauerhaften Personalstellen im Archivwesen von entscheidender Bedeutung. Hierbei ist für DIE LINKE eine (Teil-) Finanzierung auch aus Landesmitteln denkbar.

Piraten

Wir haben gesehen, dass die gesetzliche Verpflichtung von „oben“ nach „unten“ nicht die gewünschte Wirkung erzielt hat. Vor diesem Hintergrund spielen die Kreisarchive eine wichtige Rolle. Dies gilt vor allem für die Ein-

führung fachlicher Standards und die Beratung der Städte, Ämter und Gemeinden. Auf Grundlage effektiver und effizienter Vernetzungsstrategien und sicher auch zusätzlicher Mittel können sie zu regionalen Kompetenzzentren entwickelt werden.

SSW

Beratende Tätigkeiten für Städte, Ämter und Gemeinden sind von großer Bedeutung für die politischen Entscheidungen, der jeweiligen Ebenen. Gutachten und Statistiken gehören zum politischen Alltag dazu und sie stellen zweifelsfrei bedeutsame Säulen der Demokratie und der Funktionalität von Staat und Verwaltung dar. Kreisangehörige Städte, Gemeinden und Ämter können auf verschiedene Weise Expertise einholen. Zum einen sind die Kommunalen Spitzenverbände ein wichtiger Ratgeber, ebenso wie die eigenen Fachabteilungen der Verwaltungen oder externe Unternehmen. Darüber hinaus können selbstverständlich auch die Kompetenzen der Kreisarchive genutzt werden, um entsprechende Vorhaben zu beleuchten. Wir werden im Zuge der Novellierung des Landesarchivgesetzes auch erörtern, inwieweit eine ähnliche Novellierung auch auf kommunaler Ebene möglich wäre, um regionale Kompetenzzentren zu stärken und zudem die Digitalisierung weiter voranzutreiben. In dieser Hinsicht könnte das Land eine Vorreiterrolle übernehmen, um positive Anreize und Beispiele für die Entscheidungsträger auf der kommunalen Ebene anbieten zu können. An diesem Ziel wollen wir als SSW gerne mitwirken.

4. Wie wollen Sie die Digitalisierung von schleswig-holsteinischem Kulturgut einschließlich der Nutzbarkeit im Internet voranbringen und wie wollen Sie die notwendige Finanzierung sicherstellen?

SPD

Ein modernes Archiv sollte das Ziel haben, die eigenen Bestände zu digitalisieren und online zugänglich zu machen. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt jedoch nicht allein beim Land. Auch die Kommunen müssen in die Zukunft des Archivwesens investieren. Langfristiges Ziel ist es, die Bestände soweit wie möglich online zugänglich zu machen, dabei aber die Originale – egal ob es sich um Druckwerke, Maschinenschriften oder Handschriften handelt – dauerhaft zu sichern. Dies setzt Investition in die Infrastruktur, vor allem den Brandschutz voraus. Das Land wird seiner Verantwortung gerecht werden.

CDU

Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam voran. Ohne Frage müssen auch die schleswig-holsteinischen Archive mit dieser Entwicklung Schritt halten. Die CDU wird sie dabei unterstützen, die Bestände verstärkt für Nutzer über das Internet zugänglich zu machen. Das Land dabei helfen, indem es die organisatorischen Voraussetzungen schafft, um das schleswig-holsteinische Kulturerbe einheitlich zu präsentieren.

Bündnis'90/Die Grünen

Das Land unterstützt das Landesarchiv Schleswig-Holstein bei der Beteiligung am Projekt des Digitalen Archivs Nord. Darüber hinaus fördert die Landesregierung DigiCult, dass es sich zur Aufgabe gemacht hat, kulturelles Erbe im Internet zu präsentieren.

FDP

Die länderübergreifende Zusammenarbeit im Digitalen Archiv Nord muss fortgesetzt werden. Nur auf diese Grundlage wird eine vernünftige digitale Nutzbarkeit der Archivbestände möglich werden. Zudem ist die Aufbereitung von Aktenbeständen und Aktenverzeichnissen zu verbessern. Der eingeschlagene Weg der Digitalisierung ist konsequent umzusetzen und die dafür notwendigen Finanzmittel im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten bereitzustellen

Die Linke

Grundsätzlich ist die fortschreitende digitale Verfügbarmachung von Archivgut über das Internet für DIE LINKE von zentraler Bedeutung, da es dem Ziel dient, das kulturelle Erbe möglichst vielen Menschen möglichst einfach zugänglich zu machen. Auch hierbei ist aber letztlich eine mangelnde finanzielle und personelle Ausstattung ursächlich für eine schleppende Umsetzung der Digitalisierung, die nur durch einen höheren Ansatz für kulturpolitische Aufwendungen im Landeshaushalt sowie eine fundamental verbesserte Ausfinanzierung der Kommunen behoben werden kann. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass gegenwärtige und absehbare Haushaltsüberschüsse zu einem geringeren Teil für die Tilgung von Verbindlichkeiten eingesetzt werden, sondern hierdurch die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand ausgedehnt wird. Hieran muss auch der Kulturbereich und das Archivwesen partizipieren.

Piraten

Digitalisierung ist das Kernthema der Piratenpartei Schleswig-Holstein. Mit unserem „Digitalen Kompass“ versuchen wir deutlich zu machen, dass sich die modernen Medien in allen Bereichen unseres Lebens durchsetzen und nicht nur Bedrohung, sondern vor allem auch Chance sein können. Dies gilt auch für die Archive in diesem Land. Wir wissen, dass wir die Partner in diesem Bereich vor große Herausforderungen stellen: Fortbildung, Kosten, Zeit und Personal wird erforderlich sein. Diese große Aufgabe kann nur in Schritten vollzogen werden. Dafür sind wir bereit, Geld in die Hand zu nehmen. Mit eigenen Anträgen zum Landeshaushalt zeigen wir, dass die Digitalisierung auch finanziell unterlegt werden muss. Dies ist unser Schwerpunkt, der auch den Bereich der Digitalisierung von schleswig-holsteinischen Kulturgut einschließt. In welcher Größenordnung dies nötig sein wird, muss mit den Partnern für einen entsprechenden Arbeitsplan besprochen werden. Wir gehen nicht davon aus, dass es eine Partei in diesem Land gibt, die dazu bereits über die erforderlichen Daten und Kenntnisse verfügt.

SSW

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Digitalisierung in Bezug auf das kulturelle Erbe eine der großen Herausforderungen dieser Zeit darstellt. Die Digitalisierung des kulturellen Erbes steckt derzeit noch in den Anfängen und der Entwicklungsprozess schreitet in vielen Bereichen nur langsam voran.

Denn Digitalisierung erfordert Know-how und ist daher auch sehr kostspielig. Nichtsdestotrotz ist die Digitalisierung im kulturellen, wie auch im historischen Bereich unumgänglich.

Schließlich gilt es dieses Gut für die Zukunft zu bewahren und für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die rot-grün-blaue Landesregierung hat vieles in Sachen Digitalisierung auf den Weg gebracht, vor allem mit Blick

auf die Landesentwicklungsstrategie. Wir wollen die Herausforderungen in Bezug auf die Digitalisierung als Chancen zu nutzen und dabei den Kulturbereich nicht aussparen. Schleswig-Holstein braucht eine Digitale Agenda Kultur, welche eine wichtige Investition darstellt. Dafür wollen wir uns in der neuen Wahlperiode bis 2022 stark machen. Die Finanzierung ist dabei Grundvoraussetzungen für dieses Vorha-

ben. Wir werden ein mehrjähriges Finanzierungsmodell erarbeiten, welches sich neben Landesmitteln, auch auf Kofinanzierung des Bundes stützt. Entscheidend ist, die richtigen Prioritäten bei der Umsetzung von Investitionen zu haben. Wir als SSW wollen uns dafür einsetzen, dass die Digitalisierung, insbesondere des Kulturbereichs, zu einer echten Priorität auf Landesebenen wird.

5. Wie stellen Sie sicher, dass die Anforderungen der Archive bei der Einführung solcher digitalen Systeme in den Verwaltungen umgesetzt werden, um keinen umfangreichen Informationsverlust in spätestens 20-30 Jahren zu riskieren? Wie stehen Sie zu einer Kooperation von Land und Kommunen im Bereich der digitalen Archivierung?

SPD

Wir wollen die Verwendung einer einheitlichen Software für die Digitalisierung kommunaler Archive vorantreiben. Aus unserer Sicht sprechen zwei Argumente besonders dafür. Erstens wird der gesamte Prozess durch die Nutzung eines gemeinsamen Systems vereinfacht. Zweitens ergeben sich so auch finanzielle Einsparmöglichkeiten. Deshalb berät das Landesarchiv die Träger der kommunalen Archive bei der Einführung. Das Land regelt dabei nur die Grundsätze für die elektronische Aktenführung in den Kommunen (E-Government-Gesetz, Gesetz zur Modernisierung der elektronischen Verwaltung). Es gibt keine Verpflichtung. Deshalb können auch keine Detailvorgaben für die Archivierung gemacht werden. Voraussetzung für ein weiteres Engagement des Landes wäre, dass es bei den künftigen Gesprächen zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden im Rahmen einer Neuordnung der Finanzbezie-

hungen zu einer entsprechenden Einigung kommt. Diese muss für alle Seiten tragbar sein.

CDU

Wir unterstützen die Kooperation von Land und Kommunen ausdrücklich dort, wo sie gewünscht wird und sinnvoll ist. Sie muss jedoch auf Freiwilligkeit und nicht auf Zwang beruhen. Die Bereitstellung eines gemeinsam nutzbaren Archivierungssystems durch das Land unterstützt die CDU.

Bündnis'90/Die Grünen

Sie beschreiben die zentrale Herausforderung der Archive im Zeitalter der Digitalisierung. Wir halten es für sinnvoll, dass Archive nicht nur digitales Archivgut aufbewahren, sondern auch die dafür jeweils notwendige Technik. Aus unserer Sicht gibt es schon eine gute Kooperation zwischen kommunalen Archiven und dem Landesarchiv, die fortgeführt werden sollte.

FDP

Ohne Kooperation zwischen Land und Kommunen wird die notwendige digitale Archivierung nicht gelingen. Den in der Regel ehrenamtlich geführten Gemeinde- und Amtsarchiven kann diese Last nicht aufgebürdet werden. Es müssen von Landesseite aus Strukturen geschaffen werden, in die sich die Kommunen einklinken können.

Die Linke

Bei der Umstellung der Aktenführung auf digitale Systeme braucht es eine umfassende und einheitliche Strategie, an welcher sowohl das Land als auch die Kommunen beteiligt sein müssen. Bestehende „Insel-Lösungen“ sollten in wirtschaftlich vertretbarer mittelfristiger Perspektive zugunsten einer solchen einheitlichen Strategie aufgegeben werden, auch wenn dieses zeitweise einen erhöhten Aufwand bedeuten wird. Langfristig ist eine einheitliche digitale Aktenführung weitaus kostengünstiger, als der parallele Betrieb

unterschiedlicher Lösungen. Bei der Entwicklung und Implementierung einer solchen einheitlichen Strategie müssen alle hierfür relevanten Akteure frühzeitig eingebunden werden, dieses gilt insbesondere auch für das Archivwesen. DIE LINKE setzt sich ausdrücklich dafür ein, im öffentlichen Bereich nur noch quellenoffene Software (Open Source) einzusetzen bzw. eine Umstellung auf solche in wirtschaftlich vertretbarer Perspektive anzustreben. Nur Open-Source-Software bietet dauerhaft Unabhängigkeit von kommerziellen Anbietern, ist langfristig kostengünstiger und kann ggf. auch in Eigenregie sich verändernden Anforderungen angepasst werden.

Piraten

Unsere vorangegangenen Ausführungen haben es angedeutet: Die Aufgabe wird nur in einem Kooperationspakt

mit allen Beteiligten zu meistern sein. Dazu muss es einen Archiv-Dialog oder einen entsprechenden kulturellen Gipfel geben. Wir kennen diese Begriffe aus anderen politischen Bereichen, in den sich die verschiedenen politischen Ebenen verständigen und klare Aufgaben erhalten. Ohne diesen Pakt wird die Arbeit gleich einem Diffuser-Effekt ins Leere gehen.

SSW

Deutschland hinkt weit hinterher, wenn es darum geht, die Potenziale der Digitalisierung für einen modernen Staat und seinen Bürgern geht. In Punkto Digitalisierung herrscht derzeit eine akute Schiefelage. Die Steuerverwaltung befindet sich etwa auf einem anderen Niveau als beispielsweise Justiz oder Kultur. Hier gilt es für mehr Ebenmäßigkeit zu sorgen. Für uns als SSW ist klar, dass Digitalisierung im

Großen, wie auch im Kleinen wachsen muss. Jeder Schritt ist notwendig und kann dazu beitragen, dass Land weiter voranzubringen. Die Landesregierung hat bewiesen, dass sie vor dieser Aufgabe nicht zurückscheut und dafür gesorgt, dass das Land eine E-Government-Strategie sowie eine Digitale Agenda bekommen hat. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Digitalisierung sämtliche Lebensbereiche umfassen muss. Es wäre hinderlich, wenn alle Teilbereiche für sich isoliert betrachtet würden, ohne ein Gesamtkonzept zur Hand zu haben. Deshalb muss unserer Auffassung nach die von der Landesregierung präsentierte Strategie bis 2022 weiterentwickelt und um eine Digitale Agenda Kultur erweitert werden, welche auch den Tätigkeitsbereich der Archive umfasst.

6. Wie wollen Sie die Ausbildung von Archivaren des mittleren bis höheren Dienstes in Schleswig-Holstein stärken?

SPD

Der Arbeitsmarkt für Archivare ist klein. Deshalb wäre es aus unserer Sicht der falsche Weg, zusätzliche Ausbildungskapazitäten zu schaffen, ohne den Absolventen eine realistische Übernahmechance anbieten zu können. Aus diesem Grund gibt es derzeit keine konkreten Planungen für eine Ausweitung der Ausbildung von angehenden Archivarinnen und Archivaren.

CDU

Gerade die Digitalisierung stellt Archivare vor neue Herausforderungen. Vor dem Hintergrund werden wir die Ausbildung so erweitern, damit Archivare

noch besser für den Umgang mit digitalen Medien vorbereitet sind. Hier werden wir die entsprechenden Ressourcen bereitstellen.

Bündnis'90/Die Grünen

Das Landesarchiv bildet in seinem Rahmen Archivarinnen und Archivare gut aus. Auf die Ausbildungsmöglichkeiten in den Kreisen und Kommunen hat das Land keinen Einfluss.

FDP

Ohne entsprechendes Fachpersonal werden die Herausforderungen, vor denen das Archivwesen steht, nicht zu meistern sein. Die FDP setzt sich des-

wegen dafür ein, dass eine bedarfsge- rechte Ausbildung erfolgt. Deswegen hat die FDP auch dafür gesorgt, dass wieder Facharchivare in Schleswig-Holstein ausgebildet werden. Wenn die Ausbildungskapazitäten nicht ausreichen, ist hier entsprechend nachzu- steuern.

Die Linke

DIE LINKE tritt grundsätzlich dafür ein, dass der öffentliche Dienst sich stärker in der Berufsausbildung enga- giert und mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Dabei ist uns zentral wichtig, dass nach erfolgreich abge- schlossener Berufsausbildung auch .

eine unbefristete Übernahme in ein entsprechendes Angestelltenverhältnis erfolgt. Wir werden hierzu in der kommenden Wahlperiode einen umfassenden Vorschlag vorlegen. Um zu besprechen, an welcher Stelle die Schaffung eines solchen größeren Ausbildungsplatzangebotes sinnvoll ist, wird unsere künftige Landtagsfraktion frühzeitig das Gespräch mit den entsprechenden Berufsverbänden, Gewerkschaften und Personalvertretungen suchen. Mehr Archivarinnen und Archivare auszubilden erscheint uns im Rahmen eines solchen Gesamtkonzepts als sinnvoll

Piraten

Das Land braucht auch für diesen Be-

reich Fachkräfte. Der Nachwuchs für die Archivarbeit muss ebenso beworben werden wie andere Fachkräfte. Dieses Thema gehört zwingend in die Fachkräfteoffensive des Landes. Wichtig ist, dass es keine weiteren Stellenstreichungen am Landesarchiv Schleswig-Holstein geben darf! Dafür steht die Piratenpartei Schleswig-Holstein.

SSW

Für uns als SSW steht völlig außer Frage, dass das Landesarchiv Schleswig-Holstein in seiner Tätigkeit auch in Zukunft unterstützt werden muss. Zur Zukunft der Archive im Land gehört folglich auch das entsprechende Personal. Ohne qualifiziertes Personal verlieren kommunale wie auch das Lan-

desarchiv ihre Tragfähigkeit. Im Rahmen der Novellierung des Landesarchivgesetzes wollen wir als SSW vor diesem Hintergrund dafür Sorge tragen, dass auch das Thema Ausbildung parlamentarisch beraten wird und im Zuge der Novellierung redigiert und abgesichert wird. Dabei sollte auch erörtert werden, wie hoch der Bedarf bzw. die Nachfrage bezüglich der Ausbildung von Archivaren im mittleren bis höheren Dienst ist und inwieweit die qualitativen Ansprüche an die Ausbildung verbessert werden können. Insgesamt geht es uns als SSW im Landtag darum, das Archivwesen auf Landesebene voranzubringen und zukunftsfest zu machen.

7. Wie wollen Sie regional- und lokalhistorischen Unterricht in Schleswig-Holstein stärken, um beispielsweise mehr Schüler/innen zur Forschung in Archiven ermuntern?

SPD

Es gehört zum Konzept der Fachanforderungen, dass sie in hohem Maße auf die pädagogische Eigenverantwortung der Lehrkräfte bauen. Sie sollen eigenständig Schwerpunkte setzen. Dennoch ist es aus unserer Sicht selbstverständlich, dass regional- und lokalhistorische Fragestellungen in der Schule behandelt werden. Unser Programm sieht zudem vor, dass die kulturelle Bildung von Jugendlichen stärker gefördert wird. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit dem kulturellen Erbe unseres Landes. Unter anderem soll dazu das Programm der Kulturvermittlerinnen und Kulturvermittler ausgeweitet werden. Außerdem gehen wir in Bezug auf die neuen

Fachanforderungen davon aus, dass eigenständige Forschung der Schülerinnen und Schüler zur Ortsgeschichte eine größere Bedeutung erhalten wird. Sollte das nicht der Fall sein, werden wir Anreizmodelle entwickeln, um diesen Aspekt stärker in den Schulen zu verankern.

CDU

Die CDU will vor allem Geschichtslehrerinnen und -lehrer z.B. über Fortbildungen dazu ermutigen, ihre Schülerinnen und Schüler für die wichtige Arbeit der Archive zu sensibilisieren. Sicherlich können auch Schulwettbewerbe oder Projektwochen ein guter Anlass sein, um den Nachwuchs zu Recherchen in Archiven zu animieren.

Im Übrigen hat es die CDU in dieser Legislaturperiode scharf kritisiert, dass Rot-Grün das Schulfach „Heimat- und Sachkunde“ umbenannt und die Heimat aus dem Namen des Schulfaches gestrichen hat. Dies werden wir rückgängig machen. Schließlich sieht in Schleswig-Holstein die Welt ein Stück weit anders aus als in Nordrhein-Westfalen. Das müssen wir unseren jungen Menschen auch vermitteln.

Bündnis'90/Die Grünen

Bundesweit entwickeln sich die bildungspolitischen Vorgaben weg von detaillierten Inhaltsvorgaben, den klassischen „Lehrplänen“, hin zu allgemeineren, kompetenzorientierten

Standards. Wir Grüne begrüßen diese Entwicklung. Die Lehrerkollegien können jetzt stärker selbst entscheiden, mit welchen Themen diese Kompetenzen erreicht werden sollen. Das kann auch zu einer Stärkung der Befassung mit regionaler Geschichte führen.

FDP

Die FDP teilt die Kritik des VKA am neuen Lehrplan Geschichte. Deswegen hat die FDP auch mehrfach ein Moratorium für die Einführung der neuen Lehrpläne gefordert (vgl. Drs. 18/3166 u. Drs. 18/4509). Gerade im Bereich Geschichte gab es zahlreiche Kritikpunkte, die auch von den Fachkollegien der Schulen vehement angemahnt wurden. Entsprechend ist das Schulministerium aufgrund der vielen kritischen Rückmeldungen auch zurückgerudert, hat jedoch dann leider aus Sicht der FDP nicht alle Verbesserungsvorschläge aufgegriffen, sondern nur einige wenige. Die Gesichtswahrung des Ministeriums war der amtierenden Regierung wichtiger, als ein fachlich vernünftiger Lehrplan für die Schülerinnen und Schüler unseres Landes.

Die Linke

Die Fachanforderungen für das Fach Geschichte sollten regional- und lokalhistorische Inhalte wieder stärker berücksichtigen. Der LINKEN ist hierbei besonders wichtig, dass Schülerinnen und Schülern Kenntnisse über das Alltagsleben früher Epochen vermittelt wird und die Geschichte politischer wie gesellschaftlicher Emanzipation (Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, Widerstand in der NS-Zeit, LGBT-

Bewegung, etc.) eine stärkere Berücksichtigung findet. Hierzu können die Archive einen sehr wertvollen Beitrag leisten.

Piraten

Es wäre fahrlässig, an dieser Stelle zu versprechen, wirklich etwas für das Fach Geschichte tun zu können. Die Qualitätsstandards werden in enger Abstimmung mit den anderen Bundesländern erarbeitet, um Vergleichbarkeit zu sichern. Denkbar und politisch belastbarer wären kreative Ideen im Zuge des Projekts „Schule trifft Kultur – Kultur trifft Schule“ oder ein gezielter Wettbewerb für die Schulen, der von Land ausgeschrieben werden kann. Damit könnten auch vermehrt Projektwochen in den Schulen begleitet oder ausgelöst werden.

SSW

Die Fachanforderungen für das Fach Geschichte, weisen sehr wohl regionale Themen auf, etwa für die Sekundarstufe II oder an den Grundschulen im Heimat- und Sachkundeunterricht. Zudem wurde in der aktuellen Wahlperiode ein Lehrkräftebildungsgesetz verabschiedet, in dem die regionalen

Besonderheiten in Schleswig-Holstein explizit berücksichtigt werden. Es zeigt sich in der Praxis, dass regionale Aspekte, nicht nur im Geschichtsunterricht, sehr wohl berücksichtigt werden. Dies gilt besonders in Bezug auf Exkursionen oder ähnliches. An dieser Stelle können unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden. Im Allgemeinen begrüßen wir es als SSW, dass der Lehrkraft Freiräume in der Ausgestaltung des Unterrichts eingeräumt werden. Jedoch lässt sich durchaus erkennen, dass regionale Themen grundsätzlich eine Nebenrolle spielen, in Bezug auf die angeführten Punkte zum Inhalt des Unterrichts. Vor diesem Hintergrund können wir als SSW den Wunsch nach mehr regional- und lokalhistorischen Aspekten im Unterricht teilen. Für die Erstellung der Fachanforderungen ist die Landespolitik nicht per se zuständig, sondern diese wird durch die jeweilige Fachebene erarbeitet. Wir als SSW wollen in der kommenden Wahlperiode jedoch nachhaltig dafür werben, vermehrt regionale Geschichte, Kultur und Identität in den Unterricht integrieren zu wollen.

Impressum

Herausgeber:
Verband Schleswig-holsteinischer Kommunalarchivarinnen und -archivare e.V.

Geschäftsstelle:
Johannes Rosenplänter, Stadtarchiv Kiel,
Fleethörn 9 – 17, 24103 Kiel,
E-Mail: vks-sh@web.de
Internet: www.vka-sh.de

Redaktion:
Almut Ueck,
E-Mail: almut.ueck@nordfriesland.de
Kirsten Puymann,
E-Mail: kreis-und-stadtarchiv@itzehoe.de

Bildquelle Titel: Schleswig-Holsteinischer Landtag